

Beschluss G10/07-21

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: **“Einzelfälle” in den Zusammenhang setzen -
Rassismus-Studie in der Sächsischen Polizei
durchführen**

Antragstext

1 In den vergangenen Monaten sorgten rechtsextreme und rassistische Vorfälle in
2 verschiedenen Polizeidirektionen für großes Aufsehen. Auch in Sachsen fiel die
3 Polizei immer wieder mit Rassismus und Rechtsextremismus auf. Nicht nur der
4 Räumpanzer mit Stickereien, die an nationalsozialistische Symbolik erinnern,^[11]
5 sorgte für Schlagzeilen. Im September 2020 wurde ein Leipziger Polizist vom
6 Dienst suspendiert, weil er in rechtsextremen Chatgruppen aktiv gewesen sei.^[12]
7 Daraufhin sprach sogar Innenminister Wöllner (CDU) von einem “Problem mit
8 Rassismus” in der Sächsischen Polizei.^[13] Auch Polizeiausbildern wird
9 vorgeworfen, sich rassistisch geäußert zu haben.^[14]

10 Bei den sächsischen Sicherheitsbehörden gab es laut einem Lagebericht des
11 Bundesamts für Verfassungsschutz^[15] zwischen 2017 und März 2020 insgesamt 28
12 Verdachtsfälle rechtsextremer Gesinnung. Sachsen gehört zu den fünf
13 Bundesländern mit den meisten Hinweisen zu rechten Behördenmitarbeitern – die
14 anderen sind Hessen (59), Berlin (53), Nordrhein-Westfalen (45) und Bayern (31).
15 Dieser Lagebericht bietet wertvolle Informationen, ist aber laut
16 Verfassungsschutz nur eine “Ersterhebung” und ersetzt keinen ganzheitlichen
17 Ansatz. Der Chef des Bundeskriminalamtes sprach von einem “guten Aufschlag”^[16],
18 sieht die Debatte aber noch lange nicht beendet.

19 Ein reines Zusammentragen der Vorfälle ist nicht ausreichend, um strukturelle
20 Probleme innerhalb der Polizeibehörden zu untersuchen. Die Diskussion um
21 Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei muss endlich auf eine
22 wissenschaftliche Grundlage gestellt werden. Nur so ist es möglich, dass über

23 konkrete Vorgänge, Zahlen und Verbesserungsvorschläge diskutiert wird - und
24 diese Diskussion zu handfesten Ergebnissen führt. Nur wissenschaftliche
25 Ergebnisse können verhindern, dass sich ein "Generalverdacht" in der Debatte
26 durchsetzt. Dies bedeutet allerdings auch nicht nur Einstellungen und Verhalten
27 zu erfassen, sondern auch auf die dafür ursächlichen Bedingungen einzugehen.
28 Welche Arbeitsweisen sind für eine Radikalisierung zuträglich? Wie kann dies
29 aktiv verhindert werden? Welche Praktiken müssen stattdessen gestärkt oder gar
30 eingeführt werden?

31 Die SPD setzt sich deshalb für die Durchführung regelmäßiger Studien ein, die
32 nicht nur Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der Sächsischen Polizei
33 erfassen, sondern auch auf die bestehenden Wirkmechanismen eingehen, die
34 letztlich zu strukturellen Fehlverhalten führen.

35 Die Erklärung, die Polizei bilde einen "Spiegel der Gesellschaft" ist falsch.
36 Vielmehr hat die Polizei als Institution und all ihre Mitglieder die
37 freiheitlich demokratische Grundordnung zu sichern. Dies bedeutet nicht nur das
38 Gewaltmonopols inne zu haben, sondern auch, dass alle Polizeibeamt*innen mit
39 beiden Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen haben!

40 ¹¹¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/merkwuerdiger-schriftzug-neuer-polizeipanzer-in-sachsen-sorgt-fuer-irritationen/20737456.html>

42 ¹²¹ <https://twitter.com/PolizeiSachsen/status/1309510525974441985>

43 ¹³¹ <https://www.mdr.de/sachsen/politik/woeller-rassismus-polizei-reichskriegsflagge-100.html>

45 ¹⁴¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/rassismus-polizei-ausbildung-100.html>

46 ¹⁵¹ Abrufbar unter
47 <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-rechtsextremismus/broschuere-2020-09-lagebericht-rechtsextremisten-in-sicherheitsbehoerden>

50 ¹⁶¹ <https://www.saechsische.de/deutschland/wie-viel-extremismus-steckt-in-der-polizei-5290147.html>

51